

# Klößner: Wölfe mancherorts töten

Agrarministerin für gezielten Abschuss in einigen Regionen – auch in Niedersachsen

Dirk Fisser

Die Union will im anstehenden Bundestagswahlkampf für einen härteren Umgang mit dem Wolf werben. Im Interview mit unserer Redaktion sprach sich CDU-Vize und Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner für einen gezielten Abschuss einzelner Raubtiere in solchen Regionen aus, in denen bereits viele Wölfe leben. Klößner sagte: „Der gute Erhaltungszustand beim Wolf ist in einigen Bundesländern, darunter Niedersachsen, erreicht. Deswegen setzen wir uns für ein regionales Bestandsmanagement ein.“

Die CDU wolle sich nicht mit den wachsenden Problemen auf dem Land abfinden. „2019 hatten wir durch Wolfsrisse fast 3000 tote oder verletzte Nutztiere. Wo soll das enden, wenn man es einfach ließe?“ Sie könne sehr gut nachvollziehen, dass Eltern um ihre Kinder besorgt seien, sagte Klößner. Es gehe dabei aber keineswegs darum, den Wolf komplett auszurotten.

Die 2019 von der Bundesregierung auf den Weg gebracht

## Gut, dass die Groko bald Geschichte ist

### KOMMENTAR



Dirk Fisser  
d.fisser@noz.de

Die sogenannte Große Koalition hat in Sachen Umwelt- und Agrarpolitik in den zurückliegenden Jahren wenig Großes erreicht. Und das, obwohl es genug Probleme gegeben hätte, die mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit hätten

te Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes, auch Lex Wolf genannt, habe nicht gereicht. „Das habe ich von Anfang an gesagt, aber mit der SPD in der Regierung ging nicht mehr“, so Klößner. Mittlerweile bekomme sie von SPD-Politikern aus Niedersachsen Briefe, die schärfere

angegangen werden können.

Die eskalierte Wolfsthematik ist dafür ein Beispiel, das gescheiterte Tierwohlabel ein weiteres. Union und SPD, Agrarministerin und Umweltministerin, waren sich gegenseitig jeweils die größte Opposition. Das fällt auch zurück auf die Bundeskanzlerin als Chefin dieser in Teilen dysfunktionalen Regierung. Gut, dass das bald vorbei ist.

Eine neue Regierung wird zahlreiche ungelöste Probleme erben, wird noch einmal – zum dritten Mal – versuchen, ein staatliches Tierwohlabel zu etablieren. Und hoffentlich endlich einen vernünftigen Umgang mit dem Wolf finden. Es kann nicht so weitergehen,

Gegenmaßnahmen forderten. „Da kann ich nur sagen: Ruft doch mal bei eurer Genossin Svenja Schulze im Umweltministerium an. Deren Blockadehaltung halte ich für weltfremd.“

Unterstützung kam vom Bauernverband. Präsident Joachim Rukwied sagte unse-

der Sorgen der Menschen auf dem Land hinter politischem Zwist zurückstehen müssen. Das Hin- und Herschieben von Verantwortung muss aufhören.

Wird es besser, wenn die Grünen an die Regierung kämen? Das bleibt abzuwarten. Im Entwurf zum Wahlprogramm der Partei tauchte der Wolf mit keinem Wort auf. Unverständlich angesichts der Probleme in weiten Teilen des Landes, das die Partei doch regieren will. Und zu bedenken ist auch: Die Grünen regieren in vielen Bundesländern mit und haben entsprechend Einfluss über den Bundesrat. Sie waren also Teil der großen politischen Lähmung der vergangenen Jahre.

rer Redaktion: „Es darf nicht sein, dass am Ende vielleicht sogar Menschen gefährdet werden.“ In der Vergangenheit hatte es immer wieder Berichte über Wölfe gegeben, die keine Scheu vor Menschen zeigten oder durch Siedlungen liefen. Rukwied sieht zudem die Weidetierhaltung et-

wa von Schafen oder Rindern durch den Wolf bedroht. „Wer Tiere hält, der hängt an seinen Tieren. Wenn dann ein Wolf in der Herde wütet und diese Tiere tötet, das trifft den Tierhalter in der Seele.“

Für Aufsehen sorgte zuletzt der Riss einer 800 Kilogramm schweren Kuh in der Gemeinde Wippingen im niedersächsischen Landkreis Emsland. Das Tier könnte von Wölfen auf einer Weide angegriffen und getötet worden sein. Unmittelbar neben der Weide befinden sich die Spielgeräte der Bauernkinder. Rukwied sagte: „Entschädigungszahlungen hin oder her. Der Bestand der Wölfe muss reguliert werden. Ohne Wenn und Aber.“

Derzeit dürfen nur solche Wölfe erschossen werden, die nachweislich mehrfach Abwehrmaßnahmen wie Zäune überwunden und Nutztiere gerissen haben. Vor allem in Niedersachsen wurden zuletzt unter dem dortigen Umweltminister Olaf Lies (SPD) immer wieder einzelne Tiere zum Abschuss freigegeben und auch erlegt. Die Genehmigungen indes werden aus Sorge vor radikaleren Wolfschützern geheim gehalten.

**Einblicke** – Seite 3